

Ralf-Uwe Beck | rubeck@t-online.de

Fachforum „Demokratie anders denken“

Eröffnungsvortrag „Modelle statt Provinz! Dorf und Demokratieentwicklung“

24. Jan. 2019 | Berlin

Jeder Mensch soll die Entscheidungen, die ihn und die Gemeinschaft betreffen, in der er lebt, beeinflussen können. Das ist die Idee der Demokratie.

Diese Idee ist vor 70 Jahren zur Verabredung der Weltfamilie geworden; wir finden sie im Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder Mensch hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen.“ Eingelöst ist dies mit dem Grundgesetz und den Länderverfassungen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.“

Aufgehoben ist die Idee von Demokratie in unserer parlamentarischen Demokratie. Und tatsächlich, betreten wir an einem Wahlsonntag ein Wahllokal, passiert etwas mit uns, das wir sonst kaum kennen: Wir werden zu Gleichen. Jede Stimme wiegt gleich viel, ist gleich viel wert. Die Stimme einer 18-jährigen so viel wie die Stimme eines 80-jährigen, die eines Hartz IV-Empfängers so viel wie die einer Unternehmerin. Für einen Moment blitzt die Vision einer gerechten Gesellschaft auf, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben, frei sind, diese Gesellschaft zu gestalten.

An einem Wahltag laden wir unsere Demokratie mit Vertrauen auf. Aber wie bei einem Akku verliert sich diese Energie auch wieder, wenn wir nicht hin und wieder nachladen. Die, die während des Wahlkampfes noch unsere Nähe gesucht haben, suchen bald das Weite. „Lasst uns in Ruhe unseren Job machen“, das hört sich dann mitunter an wie „lasst uns in Ruhe“.

Meinen Vertrauensvorschuss gebe ich bei Wahlen genau genommen auf das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition, die um die beste Lösung ringen sollen. Aber, so Heiner Geißler in einem Interview: „Man sagt, das Argument stammt von der gegnerischen Partei, deshalb kann es nicht richtig sein. Diese Parteipolisierung des Parlamentes ist ein Krebsübel der parlamentarischen Demokratie.“ Ich werde als Wähler enttäuscht, weil Lobbyinteressen eine so große Rolle spielen, Parteien ihr Gesicht nicht verlieren wollen, Sachdebatten zur Farce werden, nach der Wahl vor der Wahl ist und sich zwischen den Scheuklappen der Legislaturperioden die ökologischen und sozialen Probleme türmen.

Es geht in den Parlamenten eben nicht nur ums Gemeinwohl, nicht nur um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch um Parteiinteressen – und, ja auch das, um ganz private Interessen.

„Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen“ – das ist die gefühlte Wahrnehmung der Kluft zwischen Regierten und Regierenden. Ein Satz, der zur Monarchie passt, auch auf eine Diktatur, aber doch nicht für eine Demokratie, die das, was der Satz andeutet, gerade vermeiden soll.

Deshalb: Wer einen starken, überzeugenden Parlamentarismus will – dem muss etwas einfallen, wie wir seinen Unzulänglichkeiten begegnen, wie unsere demokratischen Institutionen rückgebunden werden können an die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Wählen allein jedenfalls genügt nicht.

Drei Baustellen, um die wir uns zu kümmern haben: das Wahlrecht selbst, die Bürgerbeteiligung, die direkte Demokratie.

Wahlrecht zuerst:

Während des Bundestagswahlkampfes spreche ich einen Politiker auf den Dieselskandal an, antwortet der mir: „So wie es ist, so ist es gut.“ Das war der Spitzenkandidat seiner Partei, Listenplatz 1, der wusste schon am Abend des Aufstellungsparteitages, dass er gewählt ist, wenn bis zur Wahl nicht die Welt untergeht. Und genau so hat er sich benommen. Macht ist das Privileg, nicht mehr lernen zu müssen.

Wie können wir unseren Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente, auch der Gemeinderäte erhöhen? Indem wir die Listen, die die Parteien aufstellen, in der Wahlkabine verändern können, indem wir mehrere Stimmen haben und die auch an verschiedene Kandidaten in welcher Partei auch immer vergeben können: Kumulieren und Panaschieren sind die Zauberworte. Was ist mit den Stimmen, die an eine Partei ging, die an der Sperrklausel hängengeblieben ist? Wie wäre es mit einer Ersatzstimme? Ich kreuze ersatzweise eine zweite Partei an: Scheitert meine Partei an der Sperrklausel, zählt das zweite Kreuz. Was ist mit denen, die sich enthalten wollen? Kein Kreuz zu machen, macht die Stimme ungültig. Muss das sein? Ich komme nachher noch einmal darauf zu sprechen.

Zweite Baustelle: Bürgerbeteiligung:

Längst genügt es nicht mehr, Beteiligung nur als widrigen Verwaltungsakt zu sehen. Kommen die Bagger, kommt der Widerstand. Meist ungelegen. Unter diesen Erfahrungen wird Bürgerbeteiligung neu gelernt. Überall auf der Welt wird probiert. In Brasilien wird der Bürgerhaushalt erfunden, in Island und auf Kuba schreiben die Bürger eine neue Verfassung, in Irland bereiten per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger Volksentscheide vor, mit denen die Ehe für alle eingeführt und Abtreibungen erlaubt werden. In Thüringen startet der Landtag als erster in Deutschland ein Diskussionsforum im Internet, so dass sich jede und jeder zu Gesetzesvorhaben äußern kann. Planungszellen und Bürgergutachten haben Konjunktur. Stadtplaner entdecken den „Zufallsbürger“. Das alles hat gerade erst angefangen. Eines aber ist so klar wie das Gegenteil trüb ist: Es wird nicht mehr genügen, formal eine Planung auszulegen

und sich später darauf zurückzuziehen, dass die Menschen ja damals hätten ein paar Sätze aufschreiben können. Wir brauchen eine andere Beteiligungskultur.

Und schließlich die direkte Demokratie:

Wir können uns zwischen den Wahlen artikulieren, können Leserbriefe schreiben, die Gewählten ins Gespräch ziehen, sogar demonstrieren ... wir haben darauf ein Recht, nicht aber gehört zu werden. Alles was wir vorbringen bleibt im Belieben der Entscheider. Sie allein bestimmen, wie sie damit umgehen. Kann sein, wir werden ernst genommen, kann sein wir werden verarscht. Hier kommt die direkte Demokratie ins Spiel. Mit ihr können die Menschen eine Sache selbst in die Hand nehmen – notfalls. Soll tatsächlich alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen, müssen wir Bürgerinnen und Bürger jederzeit die Möglichkeit haben, das erste und das letzte Wort zu haben. Wir müssen Themen, die die Politik nicht aufgreift, auf die politische Tagesordnung bringen können. Und wir müssen die Chance haben, Politik zu korrigieren. Nun, die haben wir – recht unterschiedlich geregelt, oft reformbedürftig, aber im Prinzip in ausnahmslos allen Bundesländern – auf kommunaler Ebene mit den Bürgerbegehren und auf Landesebene mit Volksbegehren. Die müssen nicht einmal genutzt werden. Allein, wenn wir die Möglichkeit haben, uns vom Regierungshandeln unabhängig zu machen, sorgt das dafür, dass mehr mit uns geredet und weniger über unsere Köpfe hinweg entschieden wird. Die direkte Demokratie hilft also der repräsentativen Demokratie einzulösen, was uns mit ihr versprochen ist: mehr Sach- und weniger Machtpolitik. Nur auf Bundesebene ist die parlamentarische Demokratie allein gelassen. Und der Zivilgesellschaft bleibt nichts anderes, als regelmäßig vors Kanzleramt zu ziehen, anstatt per Volksbegehren die Lösungen zu den drängendsten Problemen unserer Zeit zur Abstimmung zu bringen.

Gehen wir auf's Dorf. Wir werden dort diese drei Baustellen wiederfinden. Schauen wir auf die Chancen für die Demokratie im ländlichen Raum, schauen wir auf die Fallen, schauen wir darauf, was zu tun ist.

Malen wir ruhig einmal die dörfliche Idylle aus: Auf dem Dorf kennt jeder jeden – und das meiste, was hier entschieden wird, geht jeden an. Das ist – demokratisch gesehen – eine Idealkonstellation. Die, die entscheiden, kommen aus der Mitte des Dorfes und sind von dem, was sie entscheiden, selbst betroffen. Sie wissen also, was die Menschen bewegt. Die Gemeinderatsmitglieder müssen keine einsamen Entscheidungen fällen, sie können sich über den Gartenzaun erkundigen, was die Nachbarn wollen. Und sie sind nach der Entscheidung greifbar, sie können sich nicht wegducken, sie werden über den Gartenzaun auch wieder zur Rede gestellt. Die meisten Probleme sind für alle sichtbar, durch die Schlaglöcher fährt das halbe Dorf, dass hier die Straßenbeleuchtung fehlt und dort ein Haltestellen-Häuschen, dafür braucht es nicht erst die Analyse eines Planungsbüros, und die Erkenntnis, dass sich das kleine Schwimmbad nur erhalten lässt, wenn die Reparaturen ausgeführt werden, pfeifen die Spatzen vom kaputten Dach des Kindergartens. Die Erhöhung der Kita-Gebühren lässt sich

nachvollziehen, genauso wie der Aufruf, die Kasse des Schwimmbads ehrenamtlich zu besetzen – wie denn sonst!

Die Realität ist eine andere.

In Deutschland werden nur 17 Prozent der Mittel, die von der öffentlichen Hand ausgegeben werden, von den Kommunen direkt verwaltet und verantwortet. In Dänemark liegt der Anteil bei 60, in der Schweiz immer noch bei über 50 Prozent. Je kleiner die Gemeinde, je größer die finanzielle Abhängigkeit. Ein Beispiel: Auf einem Dorf muss eine Brücke gebaut werden. Die wird vom Land mit 280.000 Euro zu 100 Prozent gefördert. Dafür muss die Brücke eine bestimmte Größe haben. Die Gemeinde sagt: Die Brücke ist zu groß, wir hätten sie gern kleiner. Darauf das Land: Dann gibt es nur 90 Prozent Förderung. Die 10 Prozent hat die Gemeinde aber nicht. Ergo: große Brücke, alles bezahlt. Hätte man der Gemeinde einfach 280.000 Euro überwiesen, gäbe es jetzt eine Brücke, die groß genug ist, dadurch zukünftig auch weniger Erhaltungskosten verursacht, und die Gemeinde hätte mit dem Restgeld ihre Dorfbeleuchtung erneuert. Jede Kommune hat solche Beispiele. Hier geht es um unser Steuergeld, wir zahlen ausnahmslos jede Zeche. Auch Fördermittel fallen nicht als Sterntaler vom Himmel.

2020 greift ein neuer Finanzpakt. Verhandelt haben nur die Länder untereinander und mit dem Bund. Die Kommunen waren gar nicht an den Verhandlungstisch geladen. Die Chance, der kommunalen Selbstverwaltung die nötigen Mittel direkt zuzugestehen, ist vergeigt. Die Kommunen bleiben in der Hand der Länder und hängen an ihrem Tropf. Das steht einer Demokratisierung auf kommunaler Ebene entgegen.

Die klammen Kassen machen Gebietsreformen notwendig, um Dinge gemeinsam zu lösen, gemeinsam zu nutzen, effizienter zu verwalten. In einem Gedicht von Rainer Kunze heißt es: Wer im Kopf umräumen will, dessen Schreibtisch muss fest stehen. Der feste Grund einer Kommunalreform ist der Verfassungsgrundsatz der kommunalen Selbstverwaltung. „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ – so steht es im Grundgesetz Artikel 28. Die Subsidiarität verpflichtet dazu, den kommunalen Gestaltungsspielraum auszuloten – und, ganz wichtig, mit Budget zu untersetzen: „Was können wir selbst erledigen?“ Diese Frage ist bewusst in der 1. Person Plural formuliert. Sie lautet nicht: Was können die da weiterhin erledigen? Es ist eine Frage, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst besprochen werden sollte: Worum können wir uns hier kümmern, was soll in unserer Regie bleiben?

Die Kommunalverfassungen definieren die Aufgaben der Ortsteile. Das ist nicht in Stein gemeißelt. Es muss nicht dabei bleiben, dass die Ortsteile nur für Straßennamen und Gedenktafeln zuständig sind. Die Zuständigkeiten der Ortsteile können ausgeweitet werden.

Gleichzeitig darf die direkte Demokratie nicht hinter der repräsentativen zurückbleiben. Bürgerbegehren sollten auch in Ortsteilen möglich sein. Diese unterste Ebene wird bei den Regelwerken für die direkte Demokratie oft ausgeblendet: „Braucht es nicht, wir regeln das über’n Gartenzaun.“ Das mag sein. Der Bürgerentscheid in einem Ortsteil muss aber nicht zwingend als Instrument zur Durchsetzung von Bürgerinteressen gegenüber dem Ortsteilrat gedacht werden. Ein Bürgerentscheid in einem Ortsteil könnte auch seinen Vertretern den Rücken im Stadtrat stärken – oder des Gemeinderates im Kreistag.

Klar, hier geht es, wenn sich etwas ändern soll, um Gesetzgebung. Gegebenenfalls, wenn der ländliche Raum im Landesparlament keine ausreichende Lobby hat, wäre ein Volksbegehren fällig.

Die Ortsteile zu stärken, meint nicht, in einen Wettbewerb zu treten, wer sich das größte Feuerwehrhaus leisten kann. Natürlich geht es darum, den ländlichen Raum gemeinsam und solidarisch zu entwickeln. Ein Feuerwehrbedarfsplan muss her, damit nicht jedes Dorf sich die neuste Technik anschaffen muss. Das funktioniert aber nicht gut per Fernsteuerung durch einen Stadtrat oder Kreistag. Es braucht auch auf regionaler Ebene Beteiligungsprozesse. Auch hier lassen sich Planungszellen organisieren, um auszuloten, wo denn nun das Bauvorhaben am besten realisiert werden kann, das dann allen zugute kommen soll. Oder Bürgerhaushalte. Oder Regionalkonferenzen.

Also, die Gebietsreformen sind von zwei Seiten zu umfassen: Was an Verantwortung kann vor Ort bleiben und wie komme ich regional zu Verabredungen, die fair und gerecht sind? Beides schützt davor, dass sich gerade bei Gebietsreformen gewachsene Verantwortlichkeiten auflösen. Warum ist die Kirche im Dorf so gut saniert, in der Schule aber bröckelt der Putz von der Decke? Weil die Kirche Sache des Dorfes ist, die Schule die des Landkreises. Gebe ich Zuständigkeiten ab, verliert sich oft der Anlass für ehrenamtliches Engagement: Warum sollte ich am Samstag zum Arbeitseinsatz auf den Fußballplatz gehen, wenn im Nachbarortsteil für die Arbeiten eine Firma bezahlt wird – und ich keinen Einfluss habe auf diese Entscheidung?

Vor den Entscheidungen über den Zuschnitt von Gemeinden, muss ein Konzept her, wie Bürgernähe und Bürgerbeteiligung realisiert werden sollen. Vorher, nicht als Wurmfortsatz hinterher.

Dazu gehört auch eine bürgernahe, und das meint tatsächlich, eine erreichbare Verwaltung. Öffnungs- und Sprechzeiten, mobile Bürgerbüros, E-Government dürften die Stichworte sein. E-Government kann Distanzen überbrücken, Verwaltung 24 Stunden am Tag zugänglich machen; hier steigen Bedarf und Ansprüche generell. Ich will nicht nur Formulare online ausfüllen, sondern auch per Newsletter über ausliegende Planungsverfahren informiert werden und sie im Internet auch einsehen und gleich meine Stellungnahme abgeben können. Das ist umso dringender, je weiter weg die Verwaltung ist. Angela Merkel hat bei der Eröffnung der Grünen

Woche, den Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum angemahnt. Zu Recht, denn wenn hier der ländliche Raum stiefmütterlich behandelt wird, driftet er auch demokratisch ins Abseits.

In der Provinz, in einer kleinen Kommune zu leben ... und dennoch das Gefühl zu haben, nicht hinterm Wald zu sein, sondern in der Welt zu Hause zu sein, das gelingt mir, wenn ich die Kleinräumigkeit als Chance für Modelle verstehe. In Dörfern und kleinen Städten lassen sich Dinge ausprobieren, für die andernorts der Mut fehlt, der Aufwand gescheut wird.

Einen Bürgerhaushalt in einer großen Kommune zu organisieren, ist kompliziert, erfordert ein eigenes Budget, Kommunikation, Moderation... In kleinen Kommunen ist das leichter, braucht kein Losverfahren und es genügt ein Wochenende mit dem Orts- oder Gemeinderat. Freilich überzeugt das nur, wenn es auch Mittel und Zuständigkeiten gibt, über die sich entscheiden lässt.

Mehr Bürgerversammlungen ansetzen! Und von Bürgerseite aus mehr Bürgerversammlungen fordern! Nicht, um über Stadtrats- oder Kreistagsentscheidungen zu informieren, die das Dorf betreffen. Sondern vorher!

Hier stellt sich eine Kulturfrage: Wie oft versprechen uns Politiker, nun ihre Entscheidungen (oder deren Ausbleiben) besser erklären, die Bürger besser „mitnehmen“ zu wollen. So als wüssten Politiker immer wo es langzugehen hat. Gemeinsam, mit den Bürgern, zu beraten, führt dazu, dass die Gewählten die Interessen der Bürger „mitnehmen“ in ihre Beratungen und Entscheidungen. Das steigert die Akzeptanz der Entscheidungen – egal wie es ausgeht.

Hören wir auf Joseph Spiegel, Bürgermeister im elsässischen Kingersheim: „Meine Verantwortung liegt darin, Aktivierer des Bürgerpotenzials und Animator des bürgerlichen Entscheidungsprozesses zu sein. Die Versammlungen haben einen unmittelbaren Einfluss auf die politische Entscheidung. Wenn sie das nicht hätten, sollte man es ganz lassen.“ (https://www.deutschlandfunk.de/buergerbeteiligung-im-elsass-man-muss-ueber-eine-neue.1184.de.html?dram:article_id=429274, aufgerufen am 23.10.2018). Dieser Geist ist die Voraussetzung, zu einer neuen Beteiligungskultur zu finden, den Hebel von einer nur formalen Bürgerbeteiligung umzulegen zu einer aufsuchenden Beteiligung. Wird Wert auf die Bürgerinnen und Bürger gelegt oder müssen sich fühlen als würden sie Politik und Verwaltung von der Arbeit abhalten? Oft erleben wir Menschen, die sich einbringen, dass sie von der Verwaltung behandelt werden wie: Kleinvieh macht auch Mist. Das Gegenprogramm heißt: Viele Krumen machen ein Brot. Es kommt auf jede Meinung an.

Das ist eine Haltungsfrage, die nach einem neuen Typus von Politiker verlangt, der den Unterschied von „Wissen“ und „Meinen“ kennt. Es ist etwas gänzlich anderes, hat Sokrates vor 2.500 Jahren angemerkt, ob ich sage: Ich weiß, so ist es. Oder ob ich sage: Ich *meine* zu wissen,

dass es so oder so ist. Damit ist weise, wer weiß, was er nicht weiß. Hier geht es nicht um eine Benimmregel, sondern um den Angelpunkt des Miteinanders schlechthin. Wer das ignoriert, warnt Sokrates, verfällt dem Größenwahn, der Intoleranz und der Dummheit – und hier gründet, deshalb ist es ihm so wichtig: die Unmenschlichkeit.

Je weiter weg politische Entscheidungen getroffen werden, umso lautstärker wird uns eine Politik oder ihr Ausbleiben als alternativlos verkauft: „Ging nicht anders, könnt ihr eh nicht nachvollziehen, alles kompliziert.“ So leicht wie das Abend für Abend Politikern über die Lippen und uns über den Bildschirm kommt, ist es auf dem Dorf nicht. Da wird, wer sich selbst erhöht, schnell erniedrigt werden. Oder weniger biblisch: Den Leuten auf dem Dorf kann, wenn es ums Dorf geht, niemand so schnell eine Locke auf der Glatze drehen.

Noch ein Modell: Nehmen wir an, es würde in E-Government investiert und nehmen wir an, das gibt die digitale Infrastruktur auch her: Und was ist mit denen, die das digitale Angebot nicht nutzen können, weil der PC fehlt und die Kinder nur alle vier Wochen mit dem Laptop auf Besuch kommen. Es gibt in den Kommunen mindestens Reste von kommunaler Infrastruktur, die Dorfbibliothek, die noch jemand betreut, eine Arztpraxis, der Raum, den die Freiwillige Feuerwehr nutzt, das Schwimmbad ... die Menschen, die dort aktiv sind, könnten Anlaufstellen sein, könnten geschult werden, Auskunft geben, ein Formular auf den Weg bringen, nachschauen, wie viel man spart, wenn man in Zukunft selbst kompostiert. Im schwedischen Falun ist das Programm, nennt sich: Demokratieberatung. In Brandenburg gab oder gibt es noch „Dorfkümmerer“, Ansprechpartner mit Scharnierfunktion zwischen den Bürgern und der Politik und der Verwaltung.

Gerade die Kommunen, die Dörfer eher als die Städte, könnten auch zum Modell werden für ein modernes Wahlrecht. Ganz neu ist ein Vorschlag, als Gesetzentwurf schon ausgearbeitet für Thüringen, der darauf setzt, das Kommunalwahlrecht so zu ändern, dass die einzelne Kommune für ihre Bürgermeister- oder Gemeinderatswahl, Instrumente ausprobieren kann: So könnte ein Versuch unternommen werden, das Wahlalter zu senken, bis auf 14 Jahre – gekoppelt an ein Jugendwahlregister, in das sich die Jugendlichen freiwillig eintragen, die an der Wahl teilnehmen wollen. Hier könnte die schon erwähnte Stimmenthaltung als quasi Proteststimme eingeführt werden. Wer mit keinem Angebot der Parteien einverstanden ist, dem bleibt bisher nur, gar nicht oder ‚extrem‘ zu wählen. Hier fehlt ein Angebot und die Möglichkeit, ein Signal an die Politik zu geben. Wir wäre es mit einem Wahlheft mit allen Informationen zur Wahl und den antretenden Parteien und Kandidaten. Und für den ländlichen Raum besonders interessant: Es könnte festgelegt werden, die Briefwahlunterlagen automatisch an alle Wahlberechtigten zu geben, kein Beantragungszirkus mehr. Oder die Wahlzeiten könnten ausgeweitet, Wahllokale erweitert werden. Getestet werden könnte, so der Thüringer Vorschlag, auch das umstrittenste, aber auch wirksamste Instrument zur Steigerung der Wahlbeteiligung, die Wahlpflicht. Das ist nur ein Vorschlag, der erst Gesetz werden muss. Aber stellen wir uns einen Moment vor, es gäbe diese Möglichkeiten und dann lädt der Ortsrat zu einer Bürgerversammlung ein und stellt den

Instrumentekasten vor und die Bürger entscheiden sich für die automatische Briefwahl oder für die Proteststimme. So würde die Wahl wieder zu einem Fest werden, beflügelt vom Interesse der Wählerinnen und Wähler. (<https://thueringen.mehr-demokratie.de/einzelansicht-news/news/kommunen-als-labore-fuer-ein-modernes-wahlrecht-mehr-demokratie-legt-gesetzentwurf-vor/>)

Immerhin, die Vision ist beschrieben: Kommunen als Labore für eine moderne, bürgerfreundliche Demokratie.

Hierfür kommt der frische Wind aus dem ländlichen Raum. In Südtirol sind Wahlen gescheitert, weil die Kandidierenden der Parteien nicht ausreichend Stimmen bekommen haben. Dann haben die Bürger die Sache selbst in die Hand genommen, Listen aufgestellt – jenseits der Parteistrukturen. Und plötzlich fängt das schöne Land an zu vibrieren.

Und abschließend mein Lieblingsprojekt: In Bern, mitten in der Stadt, steht ein alter Turm, einst Gefängnisturm und Teil der Stadtmauer. Dort gibt es einen Sitzungsraum, ein Büro ... und alle Vereine der Schweiz, die in Bern zu Hause sind, oder in die Stadt kommen, können den Raum nutzen – kostenlos. Anmelden, Buchung bestätigt, fertig. Was mit einem 8 Millionen-Volk funktioniert, müsste auch auf dem Dorf gehen. Räume öffnen, gemeinsam nutzen – die Kirche, die zum Dorfgemeinschaftshaus umgebaut wird, zugänglich für alle Vereine, quasi selbstverwaltet.

Mehr Werkstatt, mehr Modell, Labor, Mut zum Probieren, ein Kommen und Gehen der Ideen ... so kann aus jedem Provinznest eine Hauptstadt werden.

All die Möglichkeiten partizipativer Teilhabe in eine Beteiligungssatzung zu gießen, die mit allen Bürger zu beraten, vielleicht sogar allen zur Entscheidung vorzulegen, wäre auch ein Prozess der Identitätsfindung. Was ist ein Bürger, eine Bürgerin, was meint, zu bürgen für das Gemeinwohl?

Es hängt, wie alle Demokratieentwicklung, am Vertrauen. Noch einmal der elsässische Bürgermeister: Das oberste Primat ist das Vertrauen in die Einwohner. Das „ist eine Wette auf ihre Intelligenz und ihre Herzen – genau das Gegenteil dessen, worauf Populisten setzen.“

Vielen Dank!